

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Teletax: 9 15 20-12

Inhalt

Walter Momper zur Zukunft sozialdemokratischer Politikgestaltung: Dienstleister der Demokratie?

Seite 1

Ingrid Matthäus-Maler MdB und Joachim Poß MdB zur Diskussion über die Erhöhung der Mineralölsteuer: Es droht der Steuerlüge dritter Teil.

Seite 6

47. Jahrgang / 126

6. Juli 1992

Dienstleister der Demokratie?

Zur Zukunft sozialdemokratischer Politikgestaltung

Von Walter Momper
Landesvorsitzender der Berliner SPD

Ein Wort hat Konjunktur: Politik-Verdrossenheit. Wohin man schaut, gären Unzufriedenheit, Kritik, Verärgerung. Im Mittelpunkt des Ganzen: Die großen Parteien und die Politiker. Ihr Ansehen bewegt sich derzeit nur knapp über dem von Wohnungsmaklern. Leitartikel sehen das Ende der großen Volksparteien heraufdämmern, im verklärenden Licht der Erinnerung wird die Stabilität der vierzigjährigen Dreiparteiendemokratie der alten BRD gepriesen, gleichzeitig malt man in kulturkritischer Düsternis das Menetekel vom Ende Weimars im Chaos der Parteien an die Wand.

Der Frage auszuweichen, hieße sich selbst zu belügen: Die großen Parteien stecken in einer Legitimationskrise - ihre Mobilisierungsfähigkeit bei Wahlen hat dramatisch nachgelassen, noch nie war das Vertrauen der Menschen in die Politik so gering wie zur Zeit. Die Parteien müssen etwas tun, reden allein genügt auch in eigener Sache nicht mehr. Zuvor jedoch sind einige Feststellungen zu machen, damit die Debatte nicht konfus wird.

I.

Es ist kein Zufall, daß die virulente Krise der großen Parteien prikar wird in der größten historischen Umbruchsituation nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Zwar sprechen alle darüber, auch spürt jeder die Veränderung, aber weder ist der Weg in die Zukunft bekannt, noch ist die Dimension des Umbruchs im ganzen Ausmaß ins gesellschaftliche Bewußtsein gehoben. Im Westen gilt immer noch business as usual, die ausgeklügelten Mechanismen des Interessenausgleichs arbeiten blind weiter, obwohl die politische Tagesordnung mit der Einheit Deutschlands, allerspätstens aber seit dem Untergang der Sowjetunion, eine dramatisch andere geworden ist.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verändelter Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Die Politik und die Parteien, von denen man die Orientierung erwartet, zeigen sich dabei eigentlich menschlich. Sie wissen auch nicht mehr als die Menschen, demonstrieren allerdings nach außen das gewohnte Ritual: Konzepte, Programme, Rezepte - alles Wegweiser, die aber bei näherem Hinsehen nicht weit tragen. Woher auch? Die Geschichte hat uns vor eine völlig neue historische Aufgabe gestellt. Wir sollten ehrlich sein und zugeben, daß wir für viele Fragen noch keine Antworten haben. Der Mechanismus falscher Versprechungen ist ohnehin spätestens seit der wahltaktischen Lüge von den "blühenden Landschaften" diskreditiert. Er fällt schwer auf die Parteien und das Ansehen von Politikern zurück.

II.

Ohne beleidigte Leberwurst zu spielen: Parteien und Politik sind im Moment auch in einer gewissen "Sündenbock"-Rolle. Viele projizieren ihren Unmut, ihre eigenen Zukunftsängste auf die Politiker. Da ist viel entlastende Abwälzung dabei. Das sollte man wissen, ohne allerdings zu vergessen, daß die Parteien selbst viel dazu beigetragen haben, daß man ihnen nun diese Rolle zuweisen kann.

III.

Die Rede von der Krise der großen Parteien ist nicht neu. Der Mobilisierungsverlust war bereits in den 80er Jahren zu erkennen, über Parteireform wird schon lange geredet. Unter dem Druck des historischen Umbruchs läßt sich die Schwäche allerdings nicht mehr verschleppen. Wenn die Anforderungen am höchsten sind, müssen die politischen Subjekte am leistungsfähigsten sein. Die Parteien sind es im Moment offensichtlich nicht.

Verschärft wird die Krise der großen Parteien durch die objektiven Probleme der Mobilisierung von Menschen für Politik in den neuen Ländern. Wo vierzig Jahre eine Einheitspartei einen universalen Zugriff auf alle Lebensbereiche hatte, ist ein natürliches Ressentiment gegen politische Parteien nur verständlich. Werbung für die SPD muß daher in erster Linie über die Werbung für das demokratische System schlechthin aufgebaut werden. Und für Berlin gilt auch hier der Topos: Das Problem ist in dieser Stadt besonders akut. Hier treffen beide Defizite zugleich zu. Der Reformbedarf für die SPD im Westen wird durch den Druck niedriger Mitgliedszahlen im Osten zum unmittelbaren Handlungszwang.

IV.

Die Probleme der großen Parteien sind auch Probleme der parlamentarischen Demokratie. Der Untergang des Kommandosozialismus sollte nicht blind machen für die Defizite des eigenen politischen Systems. Der Satz von "denen da oben, die ja doch machen, was sie wollen" wird in Ost wie West von den meisten Bürgern unterschrieben. Die Chance der Verfassungsdiskussion sollte nicht in satter Selbstzufriedenheit von den Wessis vertan werden, substantielle Reformen sind erforderlich. Verdrossenheit und Abwendung von Politik sind nicht nur Frust, sie drücken auch Ohnmacht aus. Sie sind Klage über zuwenig Demokratie.

Und gegen zuwenig Demokratie hilft nur eins: Mehr Demokratie. Warum sollen die Menschen nicht über wichtige Sachfragen, die die Gesellschaft bewegen, selbst entscheiden: Paragraph 218, Pflegeversicherung, Hauptstadt-Entscheidung, Olympia-Bewerbung, warum nicht auch eine bestimmte Form der Finanzierung der Einheit - all dies sind Fragen, die die Menschen selbst entscheiden können. Das entlastet die Politik vom Vorwurf, alles totzureden und nicht zum Ergebnis zu kommen. Das nimmt die Menschen in Verantwortung, sich in einer bestimmten Frage zu entscheiden und es bringt einen ganz anderen Ton in die Debatte. Man spricht nicht mehr nur mit dem Volk, sondern läßt es selber reden. Die Mehrheit ist direkt zu suchen - das macht die politische Debatte spannender, öffentlicher und weniger ritualisiert.

V.

Die SPD wurde von der Einheit in einem Moment "erwischt", als sie ihren Erneuerungsprozeß nach dem Verlust der Regierung von 1982 personell und programmatisch zu einem gewissen Abschluß gebracht hatte: Das Berliner Programm 1989 und Fortschritt 90 waren hinreichende und moderne Antworten auf die Probleme der alten BRD - doch als sie im Dezember 1989 beschlossen wurden, waren sie schon historische Markulatur. Gewiß sind die Themen und die gegebenen programmatischen Antworten nach dem Fall der Mauer nicht weniger richtig, nur sind sie vom historischen Umbruch in ein völlig anderes Licht getaucht. Als Kompaß für das Handeln der Partei reichen sie nicht - die politische Landschaft ist weiter, unübersichtlicher geworden. Wir müssen hier neu ansetzen, auf die gegebene Herausforderung auch programmatisch neue Antworten geben. Die Bewältigung der inneren Einheit mit ihren regional und sozial schweren Verteilungskonflikten fordert eine neue programmatisch ergänzende Orientierung: Was heißt Solidarität unter diesen extrem verschärften Bedingungen, wo läuft ein neuer Sozialstaatskompromiß entlang? Ebenso steht die Definition einer sozialdemokratischen Sicht der neuen Rolle Deutschlands in einem gewachsenen Europa auf der Tagesordnung. Ohne diese inhaltliche Arbeit muß jede Aktion der Parteireform blind verlaufen.

Nur die Partei, die es schafft, sowohl die programmatische Orientierung als auch die strukturelle Reform ihrer politischen Praxis zu bewältigen, wird mittelfristig die Chance zur Mehrheitsfähigkeit und ein öffentlich anerkanntes Recht auf politische Gestaltung erhalten.

SPD 2000: beweglich, flexibel, demokratisch

Die Herausforderung der Parteireform muß verstanden werden als eine historische Fortentwicklung, vergleichbar mit der Weichenstellung des Godesberger Programms. War Godesberg die endgültige Abwendung von der Klassenpartei alten Typs zur mitgliederstarken Volkspartei, so steht jetzt die Weiterentwicklung der SPD zu einer modernen Programmpartei an, deren politisch-ideelles Angebot sich auf der Grundlage eines erweiterten Berliner Programms an alle Bevölkerungsgruppen wendet.

Die Ergebnisse der Wahlforschung dürfen nicht ignoriert werden: Den "stummen Zwang des Milieus" gibt es nicht mehr, ebenso ist die noch häufig zu hörende Rede von "unseren Stammwählern" eine Mär der Vergangenheit. Wo es sie noch gibt, sind sie gewiß sorgsam zu pflegende Ausläufer der Tradition, aber objektiv weniger Anknüpfungspunkte zukünftiger Praxis.

Tatsache ist: Die SPD wird in der gesamten Bevölkerung in etwa gleich stark (oder gleich schwach) unterstützt. Die Heterogenität einer modernen Gesellschaft mit ihrer Vielzahl von sozialen, demographischen, weltanschaulichen und regionalen Unterscheidungsmerkmalen verbietet für eine Partei mit modernem Volkspartei-Anspruch die Beschränkung auf die Interessenvertretung einer sozial abgrenzbaren Gruppe. Vielmehr wird es im Parteienwettbewerb der Zukunft darum gehen, für die spezifische SPD-Programmatik einer sozialen, solidarischen und ökologischen Gestaltung unserer Gesellschaft Mehrheiten zu finden. Diese Mehrheiten werden um vieles heterogener sein als in der Vergangenheit. Die Zukunft der Partei liegt in der ungleich komplizierteren Zusammenführung vielfältig differenzierter Interessenlagen. Gleichzeitig hat sie die Aufgabe, in den neuen Ländern eine Kultur der politischen Vergesellschaftung neu zu entwickeln.

Im Ergebnis muß dabei eine erneuerte Partei mit vielfältigeren Aktionsformen, sehr variablen Organisationsmustern und differenzierten Angeboten herauskommen. Parteireform verläuft dabei nicht per ordre de mufti, sondern als Prozeß, bei dem Ungleichzeitigkeiten geduldet werden müssen. Das verlangt schon die Tradition, nur: Modernisierung und Traditionalismus dürfen nicht gegeneinander in Anschlag gebracht werden.

Für die Berliner SPD kommen die besonderen Bedingungen einer Großstadtpartei hinzu, ergänzt durch den Druck, Ost und West sinnvoll zu integrieren. Die Dynamik Berlins wird sich in jeder Hinsicht auch auf die Partei auswirken - sozial, kulturell und programmatisch. Wir müssen diese Prozesse rechtzeitig erkennen und unsere Strukturen den Erfordernissen anpassen.

Vorschläge zur Reform der Partei

Die folgenden Vorschläge dienen dieser notwendigen Anpassung, sie müssen schon bei den bevorstehenden Parteiwahlen dringend diskutiert und dann auch umgesetzt werden:

1. Eine Anpassung unserer Organisationsstruktur ist dringend erforderlich. Wenn eine Partei immer weniger die soziale Heimat für die Mitglieder darstellt, muß dies Konsequenzen für die Gliederungsebenen haben. Das regionale Ordnungsprinzip muß reformiert werden. Die Abteilungen (Ortsvereine) erfüllen vielleicht in Kleinstädten eine soziale Funktion, in einer Großstadt sind sie nur noch das Gerippe der Organisation ohne das Fleisch der breiten Mitgliedschaft. Um den Zeitbedarf für reine Organisationsarbeit zu vermindern, schlage ich die Zusammenlegung der Abteilungen auf die Größe der Abgeordnetenhauswahlkreise vor. Das rationalisiert die nicht nach außen wirksame (gleichwohl nötige) innere Arbeit (Wahlen, Versammlungen, Vorstandstätigkeit) und faßt die aktiven Mitglieder zu handlungsfähiger Gruppengröße zusammen.

2. Die Differenzierung der Gesellschaft und die zunehmende Komplexität politischer Problemstellungen verlangt eine flexiblere Organisation der Partei: Den Fachausschüssen und den Arbeitsgemeinschaften muß mehr Gewicht eingeräumt werden. Wir haben eine große Schatzkammer von Expertenwissen in unserer Partei - die ist einerseits gegenüber der Öffentlichkeit und andererseits auch innaparteilich mehr zu öffnen. Deswegen befürworte ich das volle Antragsrecht der Fachausschüsse und der Arbeitsgemeinschaften zum Landesparteitag, auch über die Entsendung von Teilnehmern zum Landesparteitag (mit beratender Stimme) ist nachzudenken. Darüber hinaus befürworte ich dringend die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft der Senioren, denn die Vertretung der Interessen der älteren Menschen gewinnt an Bedeutung.

Den Fachausschüssen sind größere Bewegungsspielräume jenseits ihrer 'beratenden' Funktion zuzuweisen. Das reicht von der großzügigeren Ressourcenzuweisung (Personal/Öffentlichkeitsarbeit) bis hin zur innerparteilichen Honorierung der Arbeit. Engagement in einem Fachausschuß muß belohnt werden, sei es durch Zuweisung von Einfluß auf Parteigremien und Listenbesetzungen.

3. Wahlen in der Partei müssen transparenter und offener werden. Ich schlage die Urwahl des/der Spitzenkandidaten und der Kandidaten bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus, Bezirksverordnetenversammlungen und auch zum Bundestag durch die Mitglieder selbst vor.

4. Parallel dazu müssen die Parteien ihr Privileg zur Besetzung von öffentlichen Mandaten und Ämtern einschränken. Wir sollten damit anfangen und Nichtmitglieder auf unsere Listen nehmen - Persönlichkeiten, die sich ohne Ochsentour für eine begrenzte Zeit in den Dienst der Sache nehmen lassen wollen. Dies gilt für die Listen zu Parlamenten ebenso wie für die Besetzung von Ämtern in Rundfunk-, Verwaltungs- und Aufsichtsräten aller Art.

5. Sie wurde viel besprochen, jetzt muß sie endgültig angegriffen werden - die Reform unserer Parteiarbeit. Viele Experimente haben wir schon unternommen, unsere Aktionsformen zu modernisieren. Gute Ansätze sind vorhanden - sie müssen nur vertieft und breit umgesetzt werden. Klar ist: Die SPD als Vereinsmeierei hat keine Zukunft. Vor allem die jungen Menschen wollen nicht die Hinterzimmerpolitik, die sie bereits nach wenigen Sitzungen wieder aus der Partei graulen (das berühmte "Säuglingssterben").

Man muß wissen: Jedes 10. Mitglied ist erst seit zwei Jahren in der Partei. 36 Prozent der heutigen Genossinnen und Genossen sind nach 1983 eingetreten. Sie haben andere Muster von Organisation im Kopf, als sie unsere Partei vielfach zu bieten hat.

In einer Freizeitgesellschaft müssen die Angebote, seinen Feierabend mit Politik zu verbringen, mit anderen Angeboten konkurrieren können. Es muß attraktiv sein, zu Veranstaltungen der SPD zu gehen. Das bedeutet nicht, Politik als Variete aufzuziehen, aber es gibt ein Feld, auf dem wir uns mit unserem spezifischen Angebot profilieren können: Bestimmte Formen von politischen Reisen sind ein spezielles Angebot, das sonst niemand bieten kann, das Gleiche gilt für andere Formen von Bildungsveranstaltungen. Die rege Beteiligung an den Gedenkstättenfahrten belegt dies. Hier kann und muß das Angebot ausgeweitet und verstetigt werden. Es dient der Gewinnung neuer Mitglieder und steigert die Identifikation.

6. Die Identität einer modernen Partei ist ein wichtiges Element in einer sich immer mehr ausdifferenzierenden Gesellschaft. Sie ist wichtig für die Mitglieder und die Ausstrahlung, nach außen. Deswegen sind identitätsstiftende "Erlebnisse" ungeheuer wichtig. Das fängt bei einer sorgfältigen Betreuung neu aufgenommenen Mitglieder an - die wollen nicht nur den Händedruck ihres Abteilungsvorsitzenden - so wichtig auch dieser ist. Sie wollen auch eingeladen werden zu einer ansprechenden Veranstaltung mit Prominenten et cetera. Alles Gejammerge über die Situation der SPD bleibt pure Heuchelei, solange nicht wenigstens das in den Kreisen klappt.

Identität einer modernen Partei

Dies setzt sich fort mit auch öffentlichkeitswirksamen Festen, in denen sich die SPD als sympathische gesellschaftliche Kraft präsentiert. Diese Feste gibt es bereits in großer Zahl, man erlebt dort auch, daß Mitglieder für begrenzte Zeit für so ein Projekt zu aktivieren sind. Auch diese Dinge sind auszubauen und zu verstetigen. Warum sollte es nicht einen jährlichen SPD-Ball oder ein Frühlingsfest et cetera geben?

7. Auch die politisch-inhaltliche Arbeit bedarf gezielter Reform. Die zeitlich und inhaltlich begrenzte Arbeit an einem Projekt ist einerseits das künftige politische Aktivitätsmuster eines SPD-Mitglieds, andererseits bietet eine solche Arbeitsweise die Chance zu attraktiven und interessierenden Veranstaltungen. Auch hier muß das Rad nicht neu erfunden werden: Beispielsweise war das Forum der Charlottenburger SPD zur Stadtplanung ein voller Erfolg, weil es sich einem spannenden Thema mit Sachverstand und überlegter Organisation genähert hat. Zu vielen Themen sind derartige Projekte denkbar. Voraussetzung dafür ist allerdings: Die Menschen, die das vorbereiten, müssen die Kompetenz und natürlich auch die Zeit dafür haben - das heißt nicht durch Multifunktionsbelastung abgelenkt sein.

8. Die Kommunikation mit den BürgerInnen und Bürger ist zu verbessern. Die Zeit des Infostandes ist nicht abgelaufen, aber andere Kommunikationsformen sind weiter zu entwickeln. Zum Beispiel die telefonische Kontaktaufnahme mit Mitgliedern, aber auch mit den Bürgern selbst. Die guten Erfahrungen mit der telefonischen Mitgliederbefragung und der Telefonkampagne im Wahlkampf sind auszubauen. Apropos Infostand: Wenn andere Firmen und Organisationen mit modernen Messebauteilen kommen, hat der geliebte Tapetentisch die Optik eines Dinosauriers.

(-/6. Juli 1992/rs/ks)

Es droht der Steuerlüge dritter Teil

Zur Diskussion über die Erhöhung der Mineralölsteuer

**Von Ingrid Mathäus-Maler MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
und Joachim Poß MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die erst vor fünf Tagen vom Bundeskabinett beschlossene Finanzplanung des Bundes bis 1996 ist schon geplatzt, bevor sie überhaupt gedruckt vorliegt. Der Bahn fehlen in den nächsten zehn Jahren 300 bis 400 Milliarden DM. Für dieses Risiko hat der Bundesfinanzminister nicht ausreichend Vorsorge getroffen. Wenn die Bundesregierung in der nächsten Woche über die Bahnreform beschließen will, wird sie nicht umhinkommen, auch konkrete Beschlüsse über die Finanzierung des Defizits der Bahn und die Behandlung ihrer Schulden zu fassen.

Dabei droht jetzt der Steuerlüge dritter Teil:

- Die erste Steuerlüge war die Erhöhung der Mineralölsteuer, der Versicherungssteuer, der Tabaksteuer, der Sozialabgaben und die Einführung des Solidaritätszuschlags und der neuen "Telefonsteuer" im vergangenen Jahr, nachdem die Bundesregierung vor der Wahl fest versprochen hatte, daß es keine Steuererhöhungen geben werde.
- Die zweite Steuerlüge bestand im Beschluß zur Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1. Januar 1993, die zu einem erheblichen Teil nicht einmal zur Finanzierung der deutschen Einheit, sondern zur Senkung der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer dient.
- Nachdem nach dieser zweiten Steuerlüge die Bundesregierung fest behauptet hat, weitere Steuererhöhungen seien nicht mehr nötig, wäre nun die erneute Anhebung der Mineralölsteuer der Steuerlüge dritter Teil.

Daß die Bahn nicht finanziell länger im Stich gelassen werden darf und ihr geholfen werden muß, ist unbestritten notwendig. Es ist auch ökologisch begründbar, über einen Anreiz zum Energiesparen durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer zu reden, wenn die höhere Mineralölsteuer zum Beispiel durch Abschaffung der Kfz-Steuer und eine Verbesserung des Grundfreibetrags wieder an die Steuerzahler zurückgegeben wird. Wer aber - wie die Bundesregierung - dauernd die Vermögensteuer und den Spitzensteuersatz für Spitzenverdiener senkt und immer noch mehr als 50 Milliarden DM im Jahr für die Verteidigung ausgibt, hat kein Recht, den kleinen Leuten schon wieder in die Tasche zu greifen.

Was aber nicht hinnehmbar ist, ist die unsolide Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung, deren Haushaltszahlen schon wenige Tage nach dem Beschluß nur noch Makulatur sind. Und erst recht nicht hinnehmbar ist der liderliche Umgang mit der Wahrheit durch diese Bundesregierung und ihre Steuerlügen ohne Ende.

(-/6. Juli 1992/rs/ks)
